

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

17.3.1921 (No. 64)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlriedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. M. n. b.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Preis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 A 90 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gepaltene Feilzeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, mangelsweiliger Bezahlung und Kontoführung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Bezahlung übernommen.

Ist das Elend in Polen eine deutsche Erfindung?

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben:
Die Warschauer „Niezapopolita“, das Organ des Herrn Paderewski, jubelt über den deutschen Misserfolg in London und verhöhnt die deutsche Diplomatie. Das steht gerade diesem Blatte gut an, dessen Gönner, wenn er sich als Klavierspieler ebenso oft vergriffe, wie er nach der Meinung seiner eigenen Landsleute als Diplomat daneben haut, sicherlich am Hungertode nagen müßte. Aber das Blatt selbst begehrt in seinem Artikel einen großen Fehler, den ein Politiker niemals begehen sollte, indem es nämlich zu beweisen will. Es will nur nachweisen, daß die Deutschen sich in einer ungünstigen Lage befinden, sondern auch, daß es den Polen gut geht und daß die Behauptung des Gegenteils ein deutscher Schwindel wäre. Das Blatt sagt: „Die oberschlesische Bevölkerung, die bis zum letzten Augenblicke durch fortwährende Versicherungen, daß in Polen Elend herrsche, belogen worden ist, wird jetzt den wahren Sachverhalt erkennen.“

Einverstanden, der oberschlesischen Bevölkerung soll der wahre Sachverhalt klargestellt werden und zwar mit Hilfe — der „Niezapopolita“. Am 3. und 4. Januar 1921 veröffentlichte die „Niezapopolita“ zwei umfangreiche Artikel, die einen Rückblick über das Jahr 1920 und einen Ausblick auf das Jahr 1921 enthielten. Diese Artikel wurden durch folgende Sätze eingeleitet:

„Unser Wirtschaftsleben bietet ein trauriges Bild. Ein Viertel unseres Vaterlandes liegt brach, die Hälfte der Fabriken steht still. Die Städte liegen in Finsternis, die Bewohner hungern und entbehren alles dessen, wonan der Kultur Mensch sich gewöhnt hat. Sie frieren vor Kälte von den Lehmhütten bis zu den Palästen. Überall ist es eng und drückend, denn der Glücklichen, die ein eigenes Zimmer haben, gibt es immer weniger. Die Läden und Geschäfte sind leer, unsere Mark ist einen Pfennig in Gold wert. (Zugwischen ist sie noch viel weniger wert geworden. Ann. d. Verf.) Wir haben keinen Kredit.“

Bei jenseits ein deutsches Blatt in schlagenderer und eindringlicherer Weise das Elend in Polen geschildert? Aber weiter: Die „Niezapopolita“ begnügt sich nicht mit diesen lapidaren Sätzen, sondern sie weist im einzelnen das Elend und seine Gründe nach. Der polnischen Regierung werden die schwersten Vorwürfe gemacht, insbesondere werden der Bürokratismus und die Unfähigkeit der Regierung im Verkehrswesen gebührend erwähnt. Die „Niezapopolita“ schreibt: „Die falsche Wirtschaft- und Steuerpolitik hat Energie und Geist der Unternehmer erschlagen. Wir sind eingetreten in eine allgemeine Unlust, Verbitterung und ein Niedergang der Privatinitiative. Die Bürokratie triumphiert auf der ganzen Linie. Es entstehen Pläne für eine Monopolisierung immer wieder neuer Gegenstände. Der Staat will nicht einmal die Schiffahrt auf der Weichsel aus seinen Händen lassen, obwohl er doch bewiesen hat, daß er damit nicht fertig werden kann.“

Die „Niezapopolita“ beklagt weiter, daß man aus Trägheit und Mangel an Initiative nicht wenigstens daran denkt, in der Zeit der schlimmsten Verlegenheit Lastautomobile heranzustellen, die in der Armee reichlich vorhanden seien. Allerdings werde die Heeresverwaltung wohl auch keine zur Verfügung stellen, weil sie für das politische Wirtschaftsleben keinerlei Interesse bekundet.

Von der Industrie stellt die „Niezapopolita“ fest, daß sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1920 ein starker Rückgang gezeigt habe, der noch immer anhalte. Vom Handel sagt das Blatt: „Unser Handel durchlebt schwere Zeiten. Die Warenhäuser leeren sich und der Valutakurs und der Kreditmangel verhindern ihre Neuauffüllung. Der Erlös für die verkauften Waren verliert seinen Wert.“

Schließlich schreibt das Blatt über die Landwirtschaft: „Die Landwirtschaft steht in Polen auf zweifellos niedrigerem Niveau als vor dem Kriege. In technischer Beziehung ist sie um mehrere Jahrzehnte zurückgeworfen. Die Verjorgung mit Maschinen steht auf einem sehr niedrigem Niveau. Auch im Jahre 1921 ist trotz der Unterstützung der Landwirtschaft nicht damit zu rechnen, daß wir den vollen Ertrag aus dem Lande herausholen.“ Mit anderen Worten, die „Niezapopolita“ bereitet darauf vor, daß im Jahre 1921 und besonders im Winter 1921/22 Hungersnot und Teuerung noch schärfere Formen annehmen werden, als jetzt.

Die „Niezapopolita“ stellt also in ihren beiden Artikeln vom 3. und 4. Januar fest:

1. Hungersnot,
2. Mangel an Heizmitteln,
3. höchste Wohnungsnot,

4. Unfähigkeit der Regierung und Zusammenbruch des Verkehrswesens durch diese Unfähigkeit,
5. Rückgang der Industrie,
6. trügerische Lage des Handels,
7. Kapitalmangel und Kreditmangel,
8. Rückständigkeit und schlechte Lage der Landwirtschaft,
9. schlechte Ernte im Jahre 1921.

Ist das kein Elend und Lügen die Deutschen, wenn sie vom Elend in Polen sprechen?

Dieses Elend herrscht in Polen auch ohne den Druck durch eine Londoner Konferenz, sondern nur, oder wenigstens vor allem, weil die Regierung und die ganze Beamtenschaft unfähig sind. Wer sich unter fremdem Druck befindet, wie jetzt Deutschland, muß schwere Zeiten durchmachen, aber er kann sich erholen. Die Unfähigkeit der polnischen Regierung und der Mangel an jeglicher Organisationsfähigkeit aber sind bleibende Eigenschaften und deshalb ist auch für Polen ein dauerndes Elend und wirtschaftlicher Zusammenbruch sicher.

Politische Neuigkeiten.

Der Widerstand gegen die Sanktionen.

Die Londoner „Morning Post“ berichtet, daß lange Listen von Änderungsanträgen zur Reparationsbill von Mitgliedern des Parlaments, die Asquit in der Arbeiterfrage nahe stehen, eingebracht worden sind. Wie die „Morning Post“ weiter meldet, herrscht im Unterhaus starker Zweifel ob die Bill sehr wirksam sein werde. — Dem „Daily Herald“ zufolge werden nach Ansicht der englischen Geschäftswelt die Entschuldigungsverordnungen Lloyd Georges zum Ruin des englischen Handels führen. Der Widerstand der Geschäftswelt gegen die Bill betrafte die 50prozentige Einfuhrabgabe.

Wie die „Neue Zürcher Zeitung“ mitteilt, ist im Bundeshaushalt eine Note der englischen Regierung eingetroffen, wonach bei den Fabrikanten aus anderen Ländern die Abgabe erhoben wird, wenn die Waren 75 Prozent deutschen Waren- oder Materialwert besitzen. In einem Leitartikel führt das Blatt dazu aus, daß diese immerhin weitgehende Definition der deutschen Waren hoffentlich verhindern werde, daß der Welt alle wirtschaftlichen Sanktionen und Schwierigkeiten der Kriegszeit aufs neue befeuert werden. Die Einführung des allgemeinen Ursprungszeugnisses für die Neutralen eröffnet jedoch für diese sehr wenig erfreuliche Aussichten, da diese Maßnahme zweifellos Hemmungen und Schwierigkeiten mit sich bringen müßte. Am besten wäre es, wenn nach der Entscheidung in Oberschlesien beide Parteien sich möglichst rasch wieder am Konferenztisch zusammenfinden würden, um dort statt Sanktionen wirtschaftliche Lösungen zu finden, die nicht neue Wunden schlagen, sondern alte zu heilen geeignet sind.

Die bisherigen Leistungen Deutschlands.

Dem Pariser „Journal“ zufolge hat der Reparationsauschuß vorgestern nachmittag in seiner Sitzung, nachdem er bisher in mehreren Sitzungen diese Frage geprüft hatte, den Wortlaut der Aufforderung festgesetzt, die an Deutschland gerichtet werden soll, damit dieses seinen Verpflichtungen vor dem 1. Mai nachkomme. Nach Pariser Berichten wurde außerdem bei der deutschen Regierung angefragt, unter welcher Gestalt sie die Zuzahlung der 20 Milliarden zu leisten gedenke.

Dazu bemerkt das B.L.Z.: Zu den wiederholten Meldungen aus Paris, die Reparationskommission habe beschlossen, an Deutschland nach vor dem 1. Mai 1921 eine Aufforderung zur Zahlung der nach ihrer Ansicht gemäß Art. 235 des Friedensvertrages bis dahin zu zahlenden 20 Milliarden Goldmark zu richten, wird von zuständiger Seite erneut bestätigt, daß die beteiligten deutschen Stellen nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß die bisherigen Leistungen Deutschlands den Betrag von 20 Milliarden Mark überschreiten. Selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, würde die Folge nur die sein können, daß nach § 17 Ziffer 1 der Anlage 2 zu Art. 244 des Friedensvertrages, die aus diesem Grunde nicht eingelösten unverzinslichen Schatzanweisungen in verzinsliche Anweisungen umzutauschen wären.

Englische Gründe für ein Provisorium.

Der Londoner „Observer“, dessen Direktor, Garwin, Lloyd George nahe steht und dessen Äußerungen schon bei verschiedenen Anlässen die Meinung des englischen Ministerpräsidenten vertreten, hatte sich sehr energisch für ein provisorisches Abkommen für die nächsten fünf, höchstens zehn Jahre eingesetzt. Seine Begründung war etwa folgende: Nach Ablauf von fünf Jahren wird es erit möglich sein, zu erkennen, in welchen Bahnen sich die Entwicklung des Handels bewegen wird; Rußland wird dann auch wieder aktiv am Weltmarkt teilnehmen. Der Ausblick Rußlands von der Weltwirtschaft ist einer der vielen Faktoren, welche die Fixierung einer zahlbaren Wiedergutmachungssumme heute noch verunmöglichen. Bis dahin gilt es ein provisorisches Abkommen zu treffen; in Besprechungen mit den Deutschen werden die alliierten Minister und Fachmänner die Jahresraten festsetzen und zugleich darauf bedacht sein, daß durch den Zahlungsvermodus dem Handel und der Industrie der Ententeländer kein Schaden zugefügt wird. Einen forcierten Export von deutschen Industriegütern wird man dabei zu vermeiden haben; denn dieser würde den britischen Handel

vom Weltmarkt verdrängen — und die britischen Unternehmer und Arbeiter in die schärfste Abwehrstellung gegen solche „Bezahlungen“ drängen. Sind die fünf Jahre verstrichen, in denen Deutschland mit bestem Willen seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, wird der Moment gekommen sein, einen neuen Friedenskonferenz einzuberufen. Die Wiedergutmachungsfrage wird nicht das einzige Trattandum sein. In dieser Zeit wird die Welt gereifter sein und einen weiteren Ausblick haben als am Schluß des Weltkrieges. Amerika wird in seinem eigenen Interesse nicht fernbleiben. Dann wird die Weltwirtschaft auf neuer Basis aufgebaut werden und auch die Wiedergutmachungsfrage wird auf gerechterer und vernünftigerer Basis eine neue Regelung finden, indem festgelegt wird, welche Leistungen noch nötig sind, um eine billige Entschädigung zu vervollständigen. Eine Neuordnung kann aber nicht erreicht werden, ohne daß die gegenseitigen Schulden erlassen — dies ist ein Wind an Amerikal — und die allfälligen Entschädigungsleistungen gemildert werden.

Der Londoner Korrespondent der Wasker „National-Zeitung“ glaubt sagen zu dürfen, daß die Vorschläge des „Observer“ in der Tat den Gedankenängsten von Lloyd George verwandt sind. Der „Observer“ ist, so schreibt er, „ein Koalitionsorgan, er ist weder pazifistisch noch internationalistisch, aber er verkörpert den gefunden politischen Instinkt der Angelfachsen. Dieser ist eine Hoffnung für die Genesung der Welt.“

Eingreifen Amerikas.

In der amerikanischen Monatschrift „Harper's Magazin“ schreibt der Leiter der amerikanischen Bankgruppe Morgan, Herr J. P. Morgan: „Die durch den Abbruch der Londoner Verhandlungen entstandene europäische Krisis erfordert ein rasches Eingreifen der Vereinigten Staaten. Wir können nicht länger zusehen, daß unser Absatzgebiet in Europa gefährdet wird; die Beteiligung der Vereinigten Staaten ist unbedingt nötig. Die Vereinigten Staaten haben während der Pariser Friedensverhandlungen darauf gedrungen, daß die Deutschen eine bestimmte Summe bezahlen sollen. Leider haben die Alliierten diesen Vorschlag abgelehnt. Es muß nun von unserer Seite alles getan werden, um die Festsetzung einer Entschädigung zu erreichen.“

Das deutsche Eigentum in England.

Nach den Berichten über die letzte Sitzung des englischen Unterhauses kam Chamberlain darauf zu sprechen, daß vor einiger Zeit die britische Regierung ihre Absicht kund gab, von ihrem Recht nach § 18, Anhang 2 des Friedensvertrages betr. die Beschlagnahme des Eigentums deutscher Untertanen in England und den Dominions keinen Gebrauch zu machen. Er sagte, dies Versprechen werde von der vorliegenden Bill nicht berührt. Wenn England ein Versprechen gebe, so halte es dieses Versprechen (???) und es sei keine Rede von der Beschlagnahme deutschen Eigentums, und im besonderen bestehe nichts, was in irgend einer Hinsicht die Freiheit deutscher Untertanen, mit ihren Beständen, die sich in britischen Händen befinden, zu operieren, beeinträchtigen könnte.

Deutscher Reichstag.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags, in der es wiederum verschiedentlich zu Zusammenstößen zwischen Rechts- und Linksradikalen kam, wurde der Haushaltsauschuß des Ministeriums des Innern weiter beraten. Ein Antrag Schreiber auf Überweisung aller Anträge über die Rabattenanstalten an den Bildungsausschuß wurde einstimmig angenommen. Sodan wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag Everling auf Vorlage eines Gesetzentwurfes, wonach nicht die Anmeldung zum Religionsunterricht zu erfolgen hat, sondern die Abmeldung vom Religionsunterricht in den Fällen, wo die Nichtteilnahme daran gewünscht wird, mit 205 gegen 150 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Die Anträge über die Bildung eines Sparvereinsauschusses werden mit der Maßgabe angenommen, daß statt vier acht Mitglieder des Reichsrates an dem Auschuß teilnehmen sollen. Eine größere Anzahl Anträge über Lehrerbeförderungswesen, die pädagogische Auskunftsstelle, die Bildung eines besonderen Bildungswesens, Informierung der Kinder über den Versailler Frieden werden angenommen. Abgelehnt werden die von unabhängiger Seite gestellten Anträge über die Kindergärten. Angenommen wurde ein unabhängiger Antrag wegen des Berechtigungswesens mit 175 gegen 144 Stimmen. Die Summe von 100 000 Mark für künstlerische Zwecke wird auf 500 000 M. erhöht. Ein Antrag Schreiber, die Prüfung von Lehrfilmen gebührenfrei zu gestalten, wurde angenommen, desgleichen ein Antrag auf Abbau der Reichsfilmstelle und ein Antrag über die Einstellung von Reichsmitteln für Lehrfilme. Es wurde nunmehr eine Reihe von Kapiteln des Reichshaushalts genehmigt.

Beim Kapitel Reichsgesundheitsamt genehmigte das Haus einen Auschußantrag, der eine Denkschrift über die Folgen der Unterernährung verlangt und ebenso einen Antrag Dransfeld betr. die Förderung der Forschung auf dem Gebiet der Psychopathie und die Einrichtung einer umfassenden Psychopathenfürsorge insbesondere für die Jugend wird angenommen. Beim Kapitel Reichsarchiv bemerkte Reichsminister Koch im Laufe der Debatte u. a. Ich danke den in der Technischen Hochschule tätigen Männern und Frauen, weil sie bedeutende Werke erhalten haben, die sonst unrettbar verloren gewesen wären. (Wabrol rechts und Lärm bei den Kommunisten.) Das sind nicht meine Worte, sondern die des sozialistischen sächsischen Ministerpräsidenten Rud. Ahnlich hat sich auch der badische Minister Kemmele und der preussische Minister Severing aus-

Mit einer Beilage: 29. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

gesprochen. Wir können die Technische Nothilfe nicht entbehren, sie muß weiter ausgebaut werden. Die Gewerkschaften versagen ihre Mitarbeit.

Zu später Abendstunde wurde dann der Etat des Innenministeriums erledigt.

Nächste Sitzung Donnerstag vormittag 10 Uhr. Außenministerium

Herr von Kahr und das Reich.

Zu der schon gestern wiedergegebenen Rede des Ministerpräsidenten von Kahr in der vorgestrigen Sitzung des Landtags geht der „Frankfurter Zeitung“ noch der folgende, vom 15. 3. datierte Artikel ihres Münchener Mitarbeiters zu:

„Das Wort von der Reichstreue, die als unzerstörbares Band Bayern mit dem größeren Deutschland verbinde, das in ungezählten Reden des Herrn v. Kahr in allen Variationen wiederkehren pflegte, fehlte in der Rede, die der Ministerpräsident in der heutigen Sitzung des bayerischen Landtages hielt. Heute zum ersten Male! Dafür fanden sich in seinen Ausführungen Töne, die überall ein peinliches Echo wecken werden. Der leitende Staatsmann des zweitgrößten deutschen Landes hat seine neuesten Ausführungen zur Einwohnerwehrfrage mit dem Bekenntnis geschlossen, daß er bei den gegebenen Verhältnissen weder an der Auflösung und Entwaffnung der Einwohnerwehr mitwirken noch die Männer beurteilen könne, die sich nicht entlassen lassen wollten. Diese Worte, die nicht gut anders denn als offenkundige Aufforderung zum Widerstand gegen die Reichsgewalt gedeutet werden können, werden gerade in den Kreisen, die in Herrn v. Kahr bisher einen warmherzigen Anwalt der Staatsautorität und des Reichsgedankens erblickten, und die ihm darum bedingungslos Gefolgschaft leisteten, schwere Enttäuschung hervorgerufen. Andere wiederum mögen sich erinnern, daß der Ministerpräsident bei jeder Gelegenheit erklärte, er stehe und falle mit der Einwohnerwehr. Sie werden darum vielleicht diese heutige Verkündung als den Ausfluß einer rein persönlichen Auffassung betrachten und vermuten, daß er das Ende der Einwohnerwehr und damit den Anlaß zu seinem Schwanengesang für gekommen erachtet habe.

Wie dem auch sei, Herr v. Kahr hat heute unüberhörbar auch in die Kreise seiner treuesten Anhänger Zweifel über die Ziele seiner Politik und damit tiefgehende Verwirrung getragen. Der Beifall, dem manche seiner Reden in den Reihen der Bayerischen Volkspartei begegnete, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Koalitionsparteien nun vor ein schweres Dilemma gestellt sind. Sie müssen sich entscheiden, ob sie die Äußerungen des Ministerpräsidenten, die im offenen Widerspruch zu allen und zuletzt in der nach Berlin gerichteten Note vom 8. Februar befindlichen Lokalitätsversicherungen stehen, mit ihrem Einverständnis deden wollen oder nicht. Die Schwierigkeit dieser Entscheidung wird erhöht durch den Umstand, daß der Ministerpräsident über die heute abgegebenen programmatischen Erklärungen nicht, wie es sonst zu geschehen pflegte, vorher mit den Führern der Regierungskoalition eine Verständigung gesucht hat. Es hätte ihm sonst auch kaum verborgen bleiben können, welche wesentlicher Wandel in der Auffassung der Regierungsparteien sich gerade in den letzten Stunden anzubahnen begann.

Gewiß hätte am Ende der vergangenen Woche die überraschende Form, in der die Reichsregierung mit der Entwaffnungsvorlage hertritt, in weiten Kreisen der bayerischen Bevölkerung eine starke Empfindlichkeit erzeugt, die sich in heftigen Äußerungen des Unwillens entlud. Aber diese wohl nicht genügend vorbedachte Wirkung hatte ja gerade bei den verantwortlichen Reichsstellen dazu geführt, daß nicht nur die Methode, mit der der Entwurf zur Erörterung gebracht werden sollte, sondern auch seine Fassung einer Revision unterzogen wurde. Und gerade diese Tatsache, die den Verständigungswillen der Reichsregierung und des Reichstages offenbart, war es gewesen, die auch bei den maßgebenden Faktoren der bayerischen Volksvertretung die Geneigtheit schuf, den Weg des Entgegenkommens zu beschreiten. Und trotz allem die plötzliche Abfolge des bayerischen Ministerpräsidenten an das Reich! Hatte Herr v. Kahr keine Kenntnis von den Vorgängen in Berlin und München, die eine neue Phase der Entwicklung anbahnen? Wäre es denkbar, daß Herr v. Kahr eine solche Lösung gar nicht wollte?

Eine solche Erklärung seines sonst unbegreiflichen Verhaltens würde denen recht geben, die mit wachsender Besorgnis sehen, wie Herr v. Kahr in jüngster Zeit in immer stärkerer Abhängigkeit von jenen Kreisen geriet, die von München aus mit der Einwohnerwehrfrage eine unheilvolle Desperatopolitik zu treiben suchen. Als am vergangenen Sonntag nach der nationalsozialistischen Kundgebung an der Feldherrnhalle die Menge vor die Wohnung des Ministerpräsidenten zog, rief ihm ein Vertreter der deutsch-völkischen Bewegung zu: „Landgraf bleibe hart!“

Das versprach Herr v. Kahr. Sollte dieses Versprechen, das er vorgestern den Demonstranten gab, heute seine Haltung bestimmen haben? In allen Mauerflüchen wiederum deutsch-völkische Aufrufe, die gegen die Reichsregierung heben und von ihren Männern als Rationalisierungsreden sprechen. Das geschieht unter ausdrücklicher Billigung der Polizeibehörde, der Herr v. Kahr an anderer Stelle seiner Rede seine volle Anerkennung ausspricht. Es ist eine verhängnisvolle Atmosphäre, die in den Münchener Straßen liegt. Sie zu pflegen oder sich vor ihr beeinflussen zu lassen, kann für einen Mann, der sich gern rühmen läßt, aus Bayern einen Ordnungszustand geschaffen zu haben, kaum eine Genugtuung bedeuten.

Die Ereignisse in Rußland.

Wie der „Berlingske Tidende“ aus Helsingfors telegraphiert wird, soll Kroggi den Anführern in Kronstadt einen neuen Friedensvorschlag auf bedeutend günstigerer Grundlage als der frühere gemacht haben. Weiter wird berichtet, die Zahl der Soldaten in Kronstadt belaufe sich zurzeit auf 50 000; die Zahl steige jedoch fast jeden Tag. Die Revolutionäre seien vollkommen zuverlässig. Die Beschießung von Kronstadt habe keine nennenswerten Schäden verursacht. Es seien auch keine Feuersbrünste in der Stadt ausgebrochen. In Kronstadt nehmen inzwischen auch Frauen an der Verteidigung teil. Die Kronstadter Regierung habe dem Roten Kreuz mitgeteilt, es sei ihre Absicht, Rußland wiederherzustellen; sie wolle aber Rußland nicht an den Rand des Abgrundes bringen, wie dies die Bolschewisten getan hätten.

Die letzten Meldungen von der finnischen Grenze berichten, nach einem Telegramm der „F. F. J.“ aus Niga, daß die Aufstände sich in Rußland weiter verbreiten. Die Artilleriekämpfe zwischen Kronstadt und Petersburg seien erneut entbrannt. 8000 Mann der Oranienbaumer Garnison hätten sich den Aufständischen angeschlossen, in Petersburg habe eine Mobilisation der Sowjetbeamten stattgefunden. In Ergänzung dieser Nachrichten, welche die Lage zu sensationell schildern, berichtet man aus Moskau, daß durch Schmittentransporte aus Finnland Proviant nach Kronstadt geschafft wird. Der Artilleriekampf ruht jedoch seit einigen Tagen auf beiden Seiten. Über die gegenwärtige Lage im Ganzen ist zu bemerken, daß beide Parteien sich in einem Dilemma befinden. Petersburg fürchtet sich, Kronstadt zu beschließen, weil in der Festung 500 bedeutendere Kommunisten inhaftiert sind, die im Falle einer Niederlage von den Aufständischen erschossen werden. Letztere wegen ihrerseits keine energischen Angriffe, da sie Repressalien gegen die Sozialrevolutionäre befürchten und in der Hauptstadt keine Verfassungen anrichten wollen. Wie lange die abwartende Haltung andauern wird, ist schwer zu sagen. In schwedischen Kreisen ist die Meinung verbreitet, der Aufstand sei tatsächlich bereits zusammengebrochen.

Das türkisch-französische Abkommen.

Die letzten Formalitäten der Niederschrift des türkisch-französischen Abkommens wurden gestern abend 9 Uhr beendet. Das Abkommen sieht folgende Abmachungen vor:

1. In militärischer Hinsicht: die Folge der sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten wird bestimmt, daß die zurzeit von französischen Truppen besetzten Gebiete derart geräumt werden sollen, daß die Franzosen allmählich nach Ablauf einer gewissen Frist durch die türkischen Truppen ersetzt werden. Das Abkommen sieht ferner den Austausch der Gefangenen in möglichst kurzer Zeit vor, sowie die Bildung einer gemischten Polizei unter dem Befehl französischer Offiziere.
 2. Die französischen wirtschaftlichen Interessen werden in dem Sinne gewahrt werden, daß den französischen Gesellschaften bestimmte Konzessionen vorbehalten bleiben sollen.
 3. Die Eisenbahn nach Bagdad wird Frankreich gehören, der Boden, auf dem sie eröffnet ist, verbleibt der Türkei.
- In dem Abkommen wird ferner bestimmt: Die Böhle nördlich der Linie der Bagdadbahn werden der türkischen Regierung zufallen, die südlich der Linie der französischen, während die Linie selbst von allen Zöllen befreit sein soll. Die Regierung von Angora leistet alle Bürgschaften betr. die französischen Schulen. Außerdem bestimmt das Abkommen die praktisch durchführbaren Mittel, um Person und Eigentum in Armenien zu schützen.

Kurze polit. Nachrichten.

* Der Mord an Talaat Pascha. Die näheren Untersuchungen haben ergeben, daß der gestern mittag in der Hardenbergstraße Ermordete wirklich der ehemalige türkische Großvezir Talaat Pascha ist, der seit dem unglücklichen Ausgang des

unglücklichen Weltkrieges sich in Deutschland aufhielt. Er lebte hier unter dem Namen „Ali Salih Bey“ und bewohnte mit seiner Frau eine geräumige Wohnung im Westen Berlins. Der Mörder stellte sich ihm in den Weg, zog den Revolver aus der Tasche und feuerte mehrere Schüsse auf Talaat Pascha ab. Er war sofort tot. Der Mörder versuchte sich zu entfernen, wurde jedoch von Vorübergehenden festgehalten und herbeieilende Schutzpolizisten verhafteten ihn. Die Papiere des Täters lauteten auf den Namen Saloman Teifirian. Teifirian erklärte, daß er den Mord verübt habe, um an Talaat Pascha zu nehmen, für die blutige Verfolgung der armenischen Bevölkerung und insbesondere für die Tötung seiner Eltern.

* Polnisch-russischer Präliminarfrieden. Die „Times“ melden unter dem 15. März aus Niga: Heute wurde der Präliminarfriedensvertrag zwischen Rußland und Polen unterzeichnet. Der endgültige Vertrag wird am Freitag unterzeichnet werden.

Badische Uebersicht.

Die Bautätigkeit in der Stadt Freiburg.

Die Bautätigkeit zeigt im Jahr 1920 einen erfreulichen Anstieg zur Besserung, wenn auch die Zahl der neuerrichteten Wohnungen noch weit hinter dem Bedarf zurückbleibt. Nach den Zusammenstellungen der Stadtbaukontrolle wurden im Berichtsjahr 73 (1919: 7) Häuser, 10 (18) Nebengebäude sowie 90 (21) Um- und Standaufbauten fertiggestellt. Hierbei ergaben sich im ganzen 174 (119) neue Wohnungen, welche sich auf die einzelnen Wohnungsgrößenklassen, wie folgt, verteilen:

Jahr	Wohnungen mit . . . Zimmern							Zusammen Wohnungen	Geschäftslokale
	1	2	3	4	5	6	7 u. mehr		
1920	2	40	92	28	1	3	8	174	21
1919	21	43	45	3	2	—	5	119	27

Die Zahl der neu gewonnenen Wohnräume beträgt 1508, von welchen 466 auf Haupt- (Worder-) und 56 auf Neben- und Hintergebäude entfallen, hierzu kommen noch 21 Geschäftslotale und 64 Dachkammern.

Von den Hauptgebäuden sind 57 (1919: 2) Einfamilien- und 18 (5) Mehrfamilienhäuser, darunter 2 Geschäftshäuser. Unter den Hauptgebäuden befindet sich das neue Landgerichtsgebäude am Holzmarkt mit 44 Zimmern und ein sozialistisches Dienstwohngebäude mit 8 Zimmernwohnungen.

Dem Wohnungszugang steht infolge Umbaus ein Abgang von 4 Wohnungen mit insgesamt 80 Wohnräumen und 2 Geschäftslotale gegenüber.

Wie überall haben sich auch in Freiburg in den letzten Jahren die privaten Bauunternehmer wegen der teuren Preise für Baumaterialien und der hohen Löhne nur in geringem Umfang an Wohnungsbau beteiligt. Es wurden in der Hauptsache nur von der Stadtgemeinde und gemeinnützigen Siedlungs- und Bauvereinigungen Wohnungen erstellt. Von der Stadtgemeinde wurden 90 (1919: 61) Dauerwohnungen (teils in Neubauten, teils in Umbauten) und 10 (53) Paradenwohnungen, und von gemeinnützigen Bauvereinigungen 51 Wohnungen (daron 49 in kleinen Einfamilienhäusern und 2 Etagenwohnungen) mit Hilfe der Baukostenzuschüsse von Reich, Staat und Stadt fertiggestellt. Vom Bauverein wurden 10 Einfamilienhäuser an der Lehenstraße und 20 Häuser mit 24 Wohnungen im Borort Gaislach von der Heimstätten-Vereinsgesellschaft für Angestelltenheimen und von der Heimstätten-Baugenossenschaft je 8 Einfamilienhäuser an der Bismarckstraße und Küstingerstraße und von der Siedlungsvereinsgesellschaft vertriebener Fabrikarbeiter 4 Einfamilienhäuser an der Grobhartstraße erstellt.

Charakteristisch für diesen vorwiegend städtischen und gesellschaftlichen Wohnungsbau ist das Vorherrschen des Kleinwohnungsbaus. Es wurden erstellt 184 Ein- bis Dreizimmer-, 28 Vierzimmer- und 12 Wohnungen mit 5 und mehr Zimmern.

Vom November 1918 bis Ende 1920 wurden Wohnungen

von der Stadtgemeinde	in Angriff genommen	fertiggestellt
„ gemeinnützigen Bauvereinigungen	136	51
„ Privaten	77	36
zusammen	542	330

Die von der Stadt erstellten Wohnungen verteilen sich auf 127 Dauer-, 21 Not- und 65 Besetzungswohnungen. Die Zahl der bezogenen rationierten Wohnungen beträgt 808.

Die von der Stadt geschaffenen Wohnungen erforderten einen Aufwand von insgesamt rund 9½ Millionen Mark, zur

Das russische Inferno.

Von Bill Scheller.

Es gibt keine Weltanschauung, deren Rolle so weit aus dem Rand der menschlichen Existenz so scharf geschoben sind, wie diejenige der Kommunisten. Denn es gibt einen doppelten Kommunismus, den der Gefinnung und den der Tat, und es kann bei einer Gegenüberstellung der beiderseitigen Auswirkungen zweifelhaft erscheinen, ob sie überhaupt etwas miteinander gemein haben. Das will sagen, der ideale Kommunismus ist eins, und der praktische Kommunismus ist ein anderes. Wenn nun ein idealer Kommunist sich in ein Land begibt, in dem die praktischen Kommunisten herrschen — wie ergeht es ihm alsdann? Ubel, aller Voraussicht nach. „Es ist Schwerk, was man im Rußland der Sowjets erlebt“, schreibt Arthur Holitzscher auf der letzten Seite seines neuen Buches „Drei Monate in Sowjet-Rußland“. (S. Fischer, Verlag, Berlin.) „Nicht jeder geht hell aus dieser Prüfung hervor.“

Und was Holitzscher, der sich im Auftrag eines amerikanischen Presse-Kongress 1920 nach Rußland begeben hatte, um die an Ort und Stelle gesammelten Eindrücke der europäischen und amerikanischen Welt wahrheitsgetreu wiederzugeben, was er, der ideale Kommunist, im Lande des praktischen Kommunismus erlebt hat, ist allerdings dazu angetan, einen Mann aufs tiefste zu erschüttern, dessen ganze Lebensanschauung auf dem Grundgesetz der Menschenliebe aufgebaut ist. Und es ist wiederum für den Zeitgenossen, der dieses Buch „Drei Monate in Sowjet-Rußland“ liest, erschütternd, aufs tiefste ershütternd, Zeugnis zu sein der Herzensqual, mit der ein edler Mensch sich abmüht, jene Eindrücke des Grauens, die manchmal einem höllischen Alptraum zu entstammen scheinen, durch die Kraft seiner Glaubigkeit zu überwinden, um nicht selber den Kalt seines Lebens zu verlieren und ins Bodenlose zu stürzen, wo nurmehr Verzweiflung ihn angreift und nichts bleibt als das biblische Geulen und Zähneklappern.

Schwerlich ist ein größerer Gegensatz auszubedenken als der zwischen dem reinen Idealismus Holitzschers und dem, was die Lenin, Kroggi, Tschitscherin, Kadel, Sinowjew, Lunat-

scharski über das russische Volk heraufbeschworen haben, Männer, von denen der deutsche Dichter gleichwohl nur mit Verehrung als von persönlichen Freunden spricht. Holitzscher, der nicht müde wird, seinen Zeitgenossen das „Liebet Euch untereinander“ zu predigen, der ein Leben lang für die Freiheit des Individuums gekämpft hat und allzeit für die Kultur des inneren wie des äußeren Lebens eingetreten ist, Holitzscher waret drei Monate lang in einem Sumpf, zu dessen Schilderung allerdings die Reproduktionskraft eines starken künstlerischen Naturells erforderlich war. Sie war dazu erforderlich, aber nicht nur um der Wiedergabe als solcher willen, sondern gewisslich auch, um die sich sträubende Feder immer wieder aufs Papier zu zwingen.

Sowjet-Rußland erscheint dem Leser dieses Buches, der es am Ende wie einen schwarzen Alpdruck von sich tut, als das Land ohne Liebe, das Land ohne Freude, das Land ohne Freiheit. Es erscheint ihm als das Land der finstern politischen Zweckbefissenheit, der unerhörtesten Enttötung der Person, des beispiellosesten Triumphs der Gewalt. Die Begriffe des Heims und der Familie haben aufgehört zu existieren. Dem Tragbild einer utopischen Sittlichkeit wird der letzte Rest sittlicher Instinkte, die dem vielgeplagten Volke noch geblieben ist, mit jüdischer Methodik zum Opfer gebracht. Die Künste, des notwendigen Zusammenhangs mit der Außenwelt beraubt, verkrüppeln und verkümmern, stehen hoffnungslos in geistiger Blindheit dahin. Kein Mensch aber wird satt in Rußland, und wenn er einmal wird, riskiert er das bisherige Freiheit, das ihm geblieben ist, wo nicht das Leben selbst. Dieses Leben aber ist nicht das, was der nicht-russische Zeitgenosse sich darunter vorstellt, sondern ein Vegetieren von Tag zu Tag, unter beständigem Druck der Angst vor dem, was kommen wird. Eine Atmosphäre des gegenfeitigen Mißtrauens herrscht allenthalben, so daß Zündstoffe schredlicher Ereignisse überall sich ansammeln, wo Menschen sind. Und es geht alles militärisch zu, militärisch und bürokratisch. Desjostowski würde im heutigen Rußland mehr Modelle zu dämonischen Karikaturen finden, als er sie im vergangenen Rußland gefunden hat.

Das ist das Werk einer der schrecklichsten, sagt Holitzscher, der Arbeit des russischen Volkes. „Lacht“, sagt Holitzscher,

„in Rußland eine Religion und fand eine Partei“. Es ist die kommunistische Partei, eine ausgesprochene Minderheitspartei, deren Führer jenen Terror ausüben, der in Rußland gegenwärtig das Staatsprinzip bildet. Diese Leute, von denen, wie schon bemerkt, Holitzscher nur mit Ausdrücken der Verehrung spricht, leisten in der Tat übermenschliches, um den völkischen Koloss Rußlands ihren Ideen gefügig zu machen. Sie selbst haben nichts davon — es sei denn die ungeheure Befriedigung eines Machtkrieges, die vielleicht der gigantische Lebensgenuss ist, den es gibt. Im übrigen hat ihnen der spezielle Kampf gegen Gott nichts genützt; der russische Bauer vor allem läßt über die Anstrengungen der Moskauer Kommunisten, ihm das Christentum durch materialistischen Rästereien zu berechnen. Die Gotteshäuser sind die einzigen Gebäude in den Städten, wo es noch menschenwürdig aussieht. Die orthodoxe und orientalische verbrämte Form, die ihm das russische Volk gegeben hat, hindert das Christentum nicht, sich dem praktischen Kommunismus, dem Bolschewismus, als eines jener Vollwerke entgegenzustellen, an denen seine Wirkungen zerplatzen.

Arthur Holitzscher freilich ist anderer Meinung. „Mein seelisch gerichteter Kommunismus ist“, so sagt er, „durch die russische Krönung unversehrt mit mir nach Deutschland zurückgekommen“. Deshalb zieht er aus seinen Erlebnissen nicht die jenigen Folgerungen, die sich für den Nichtkommunisten daraus ergeben. Es ist das Bewundernswerteste, ja, das speziell Verehrungswürdige an Holitzscher und diesem seinem Buch, daß er, ohne von seinem Standpunkt abzugehen, der ein von unsäglichem Verzeleid erschütterter Standpunkt ist, jedem Leser ermöglicht, seinerseits über den Befund Urteile zu fällen. Denn es ist eine heroische Objektivität, die Holitzscher in seinem Bericht waltet läßt, einem Bericht, der seinen Glauben an die Weltmission des Bolschewismus ungemein discreditiert. Wenn nämlich etwas geeignet ist, die Ziele der gegenwärtigen Machthaber Rußlands als eine kulturelle Gefahr für Europa erscheinen zu lassen, dann ist es dieses Buch eines überzeugten Kommunisten, dessen tragisches Schicksal darin zu bestehen scheint, daß er sein lebenslanges Ideal nur in der eigenen Person wahrhaft verlorpört sehen darf.

Unterstützung der Neubautätigkeit von gemeinnützigen Bauvereinigungen, Behörden und Privatpersonen wurden 6 380 000 M. und für Nationierungszwecke 60 000 M. verwendet. In Zuschüssen hat die Stadt bisher erhalten vom Reich 2 900 000 M. und vom Staat 1 450 000 M., zusammen mithin 4 350 000 M.

Die bisherigen Abhilfemaßnahmen reichen aber zur Beseitigung der ungeheuren Wohnungsnot nicht mehr aus; es muß vielmehr in Freiburg wie in den anderen größeren Städten des Landes auf Grund des neuen Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus in größerem Umfange an die Erstellung von Wohnbauten herangetreten werden.

In den nächsten Jahren sollen 800—1000 neue Wohnungen — in der Hauptsache Drei- und Vierzimmerwohnungen, daneben aber auch kleinere Wohnungen — in den verschiedensten Teilen des Stadtgebietes gebaut werden. Neben Flachbauten sollen namentlich dort, wo im Anschluß an bestehende mehrstöckige Häusergruppen gebaut werden muß, auch Stadtwirtschaftsbauten errichtet werden.

Die Ausführungskosten für eine Wohnung werden bei den heutigen Baupreisen auf durchschnittlich 80 000 M. veranschlagt. Die Erstellung der dringend nötigen 800 Wohnungen wird daher einen Aufwand von insgesamt 64 Millionen Mark erfordern. Es ist anzunehmen, daß ein Viertel dieses Aufwandes durch den Mietvertrag bezinst und getilgt werden kann. Die Verzinsung und Tilgung des restlichen ungedeckten Aufwandes von 48 Millionen Mark muß aus dem Ertragsüberschuss der Wohnungsabgabe, der einzuführenden Gemeinde- und Wohnungsluxussteuer und nötigenfalls durch Zuschüsse aus allgemeinen Mitteln bestritten werden.

Dr. Erler-Freiburg.

Die Ankunft der Oberschlesier aus Baden in ihrer alten Heimat.

LPD. Auch der zweite badische Sonderzug ist nach hieher gelangten Nachrichten glücklich in Oberschlesien eingetroffen. Besonders begeisterter Empfang wurde den Oberschlesiern aus Baden in Erfurt dargebracht und in der Morgenstunde des Sonntag traf der Sonderzug auf der ersten schlesischen Station ein. Von hier ging die Fahrt weiter nach Biegnitz, wo überall den Reisenden leibliche Stärkung und allerlei Aufmerksamkeit dargeboten wurden. Der Mittelpunkt des großen Lebens für die Mitreisenden war, wie Redakteur Richard Boldecker-Karlsruhe in der „Badischen Presse“ schreibt, die Ankunft im Breslauer Hauptbahnhof in der achten Morgenstunde des Montag. Freundschaftliche Jungmänner reichten Keller mit ausgezeichnet zubereiteter Kubelesuppe, dann folgten Damen mit guten Semmeln. Je 2 Semmel sind in einer Kiste; aber die Kisten dürfen nicht mitgenommen werden, weil die Entente Angst nimmt an dem auf der Kiste aufgedrucktem Gebiete. In Breslau wurde man auch aufgefordert, alle Abzeichen, wie z. B. die badischen Fähnchen, zu entfernen, da bei der Kontrolle streng darauf geachtet wird, daß keine vaterländischen Abzeichen in das Abstimmungsgebiet mitgebracht werden. Koffarten und kleine Werkbühnen werden als Erinnerungsgabe gereicht, während eine Musikkapelle und ein Gesangsverein für die halbtägige Dauer des Aufenthalts für Unterhaltung sorgen. Unter dem Lied „Deutschland Deutschland über alles“ und unter Heil- und Glückwünschen geht in das schwerumkämpfte Oberschlesien hinein.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Eisenbahnverkehrsperre.
Die Annahmeperrern für Gil- und Frachtgutwagenladungen nach Darmstadt, Simbach Ort und Überang, sowie Saßburg Ort und Überang sind aufgehoben.
In der Rheinheimer Handelskammer führte der Vorsitzende mit Bezug auf den Wirtschaftskrieg der Entente gegen Deutschland u. a. aus, daß die über Deutschland verhängten Maßnahmen zu folgenschweren, nachteiligen Schwächungen unseres Wirtschaftslebens führen müssen. Jetzt gelte es, zur Milderung zu streben, denn es genüge nicht, ihr nur Wünsche zu übermitteln, Entschuldigungen zu fassen und patriotische Reden zu halten, sondern wir hätten die moralische Pflicht, auch für das, was wir selbst angeraten haben, so viel wie in unserer Kraft steht, einzutreten. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß das deutsche Volk die neuen Prüfungen überstehe und daß die Gegner zu der Erkenntnis gebracht würden, daß die Würde und Größe eines 60 Millionenvolkes nicht ungekratzt verkannt werden dürfen.

Die Fachgruppe „Zoll und Steuer“ des Reichswirtschaftsverbandes deutscher Berufsstände und ehemaliger Berufsverbände (V. d. B.) Landesgruppe Baden hielt kürzlich in Karlsruhe eine Landesversammlung ab. Fast alle 22 Ortsgruppen des Verbandes in Baden hatten Vertreter entsandt. Besonders zahlreich waren die Grenzbeamten vertreten. Generalsekretär Adolf des R. v. B. in Baden sprach über die Lage der Militärämter im Bezirke des Landesfinanzamtes Karlsruhe. Er begründete den Anspruch der Militärämter auf die mittlere Beamtenlaufbahn durch die bestehenden Gesetze. In einer, nach erfolgter lebhafter Aussprache gefassten Entscheidung wurden dem Landesfinanzamt die Forderungen der Militärämter mitgeteilt und von ihm als jetzige Reichsbehörde verlangt, entsprechend dem Gesetz den Militärämtern die gleiche Behandlung angedeihen zu lassen, wie es im übrigen Reich seit langem üblich sei. Zu der in nächster Zeit in Berlin stattfindenden Versammlung der Reichsfachgruppe „Zoll und Steuer“ wurden Vertreter gewählt.

LPD. Seidelberg, 16. März. Durch die Vermittlung eines Seidelberger Bürgers erhielt die Luftseilbahnstrecke von einem Amerikaner eine Spende von 5000 M.; die gleiche Summe wurde der Freiburger Kinderklinik überwiesen. Dieser Zuschuß ist für die Luftseilbahnstrecke sehr erfreulich, denn nach dem Rechnungsabluß für das letzte Jahr beträgt das Defizit der Anstalt über 316 000 M. Der Staat wird von diesem Fehlbetrag 150 000 M. übernehmen; die Deckung des Restes ist noch ungewiß.

Seidelberg, 16. März. Der Unterbadische Verband des Einzelhandels, Ortsgruppe Seidelberg, hat seinen Mitgliedern dringend empfohlen, während der Dauer der Besetzung deutschen Gebietes auf Grund der Londoner Beschlüsse keine Ware aus Elbst-Lothringen, Frankreich oder England zu beziehen. Das laufende Publikum wurde ermahnt, im Interesse der einheimischen Industrie nur deutsche Ware zu verlangen.

E. H. Bühlerhöhe, 17. März. Im Kurhaus Bühlerhöhe gewann ein am 11. März von Frau Ilse Sievert, Frankfurt, gegebener Tanzabend besondere Bedeutung durch die Mitwirkung von Julius Weismann. Es ist überraschend, wie nahe dieser Komponist dem Wesen des Landes steht und wie er auch auf diesem Gebiet seine eigene Wege geht. Frau Sievert war ihm eine sympathische Interpretin. Zwei vorausgegangene Nickerabende von Würthener Sängern leiteten die künstlerischen Abende des Kurhauses Bühlerhöhe in diesem Jahre ungewöhnlich eindrucksvoll ein. Dr. Lauter erging sich mit seinem gewaltigen Bariton einen großen Erfolg. Frau Ilse Bühlerhöhe-Thomasius, früher an der Hofoper in Weimar,

eine Meisterschülerin der Orgel, gab im Verein mit Frau Dr. Stroomann künstlerisch und musikalisch so Ausgereiftes und Berührendes, daß das vorwiegend der Großstadt entstammende Publikum eine fühlbar freudige Überraschung erlebte.

LPD. Lahr, 16. März. In der Generalversammlung des Elektrizitätswerks wurde festgestellt, daß sich das Werk in vergangenen Geschäftsjahr gut entwickelt hat. Aus dem Reingewinn von 652 989 M. erhält die Stadt Lahr die vertragsmäßige Abgabe von 852 204 M. Zur Verteilung kommen ferner 4 Gewinnanteile, 10 000 M. werden dem Fürsorgefonds für Angestellte und Arbeiter zugewiesen. An das Werk sind 19 Ortschaften angeschlossen, deren Zahl sich im Laufe dieses Jahres durch Neuanmeldungen auf 33 erhöhen wird.

LPD. Offenburg, 15. März. Das Parteisekretariat der Zentrumspartei, das hier im Anschluß an die „Offenburger Zeitung“ errichtet wurde, wird, wie uns mitgeteilt wird, von dem Geschäftsführer Reute verwaltet. Der Redakteur der Offenburger Zeitung, Herr Lütke, leitet, wie bisher auch fernest, lediglich die „Offenburger Zeitung“.

LPD. Donaueschingen, 15. März. Die Plenarversammlung der Schwarzwälder Handelskammer sprach sich dahin aus, daß eine weitere Begünstigung der deutschen Industrie durch eine verstärkte Staffelung der Eisenbahntarife gefördert werden muß. Für die Förderung einer verstärkten Staffelung der Gütertarife fiel insbesondere der Umstand ins Gewicht, daß der süddeutschen Industrie manche Produktionsvorteile verloren gegangen sind, die früher einen Ausgleich für die hohen Frachttarife bildeten. — Anlässlich des 75jährigen Bestehens der Schwarzwälder Handelskammer soll eine Jubiläumsschrift herausgegeben werden, größere Festlichkeiten sollen jedoch im Hinblick auf den Ernst der Zeit nicht stattfinden.

LPD. St. Blasien, 15. März. Am letzten Sonntag fand hier eine aus der ganzen Gegend stark besuchte Bauernversammlung statt, die sich mit der Schaffung einer starken Bauernorganisation befaßte. Geschäftsführer Müller-Karlsruhe sprach über landwirtschaftliche Fragen und der Vorsitzende des Oberbadischen Bauernbundes, Maier-Gundelfingen, berichtete über die Entwicklung der Vereinigung mitlerer und kleiner Bauern.

LPD. Konstanz, 15. März. In diesen Tagen wird der bayerische Luft-Land-München-Probeflieger auf der Strecke München-Schleifheim-Konstanz unternommen. Der regelmäßige Flugverkehr auf den genannten Strecken soll am 29. März aufgenommen werden.

Aus der Landeshauptstadt.

Badische Heimat e. S. Landesverein für Volkshilfe, ländliche Wohlfahrtspflege, Heimatpflege und Denkmalpflege. In dem am Samstag, 19. d. M. abends 8 Uhr, im großen Rathausaal stattfindenden Vortrag des Prof. Dr. v. Wingenroth aus Freiburg über die Geschichte der Kunst am Oberrhein in einer Anzahl von ausgewählten Lichtbildern vorgeführt. In der kurzen Spanne Zeit von einer Stunde werden die hervorragendsten Jünger in der jahrtausendelangen Entwicklung von der Zeit der Karolinger an bis zur Gründung des Großherzogtums Baden, also bis zur Zeit des Klassizismus geschildert. Die Kunst der Reichenau, des Straßburger, Freiburger, Basler Münsters, des Kloster Allerheiligen, die hochbedeutende Plastik des Mittelalters, Renaissancebauten, das Heidelberger Schloss, schließlich die Schlossbauten des Barock, Bruchsal, Rastatt, Mannheim und die Kuppel der klassizistischen Straße St. Blasien, sind die Marksteine der Entwicklung. Begleitet wird diese von der Ausstellung des Bürgerhauses. Die Geschichte der Malerei gibtelt in den großen Namen Holbein, Matthias Grünewald, Hans Baldung-Grien.

LPD. Der Landesauschuss der deutschen nationalen Volkspartei hielt vor einigen Tagen im Tiergartenrestaurant eine Sitzung ab, die aus dem ganzen Lande besucht war. Man sprach die bevorstehenden Landtagswahlen und die politische Lage. Übereinstimmend herrscht darüber, daß es für die deutschen nationalen Parteien nicht der Sozialdemokratie gebe und daß die soziale Frage nur vom Standpunkte des Arbeitsfriedens aus, nicht von dem des Klassenkampfes gelöst werden könne. Auf wirtschaftlichem Gebiete sei die restlose Aufhebung der Zwangswirtschaft zu fordern. Im Namen des katholischen Ausschusses der Partei legte Freiherr Konrad von Stöcking den Standpunkt der deutschen nationalen Volkspartei ab. Landtagsabg. Mayer-Karlsruhe sprach als Protestant den Willen aus, gemeinsam mit den katholischen Parteigenossen sich auf den Boden der christlichen Weltanschauung zu stellen im Kampfe gegen das Antichristentum.

Eine Schenkung für den Allgemeinen Schwabenerverein. In Anerkennung der dem Allgemeinwohl dienenden Tätigkeit des Schwabenervereins hat die Badische Betriebsstelle G. m. b. H. in Karlsruhe als Unterstützung der idellen Vereinsziele dem Hauptverband des Badischen Schwabenervereins in Freiburg erfreulichweise ein Geschenk von 10 000 M. in bar übermacht. — Möge das schöne Beispiel Nachahmung finden.

Süddeutsche Lichttechnische Gesellschaft. Am Dienstag fand unter Leitung des Geheimrats Dr. Ing. Dr. Bunte die eigentliche Gründungsversammlung der Lichttechnischen Gesellschaft statt, nachdem am 22. Februar in einer vorbereitenden Versammlung Wesen, Zweck und Ziel der Lichttechnik dargelegt und zur Mitarbeit aufgerufen worden war. Prof. Dr. Bredig sprach namens des Direktors der Hochschule der Gesellschaft die Glückwünsche der Hochschule zu der Gründung aus. Die Gesellschaft wird die Süddeutsche Gruppe der Deutschen Beleuchtungs- und Lichttechnischen Gesellschaft bilden, die ganz Deutschland umfaßt. Sie soll Ingenieure aller Richtung, Ärzte, Architekten, Gewerbebeamte, Schulmänner und andere Berufsrichtungen zur Pflege der Lichttechnik zusammenschließen. Zum Vorsitzenden wurde Prof. Dr. Reichmüller, der Direktor des neu gegründeten Lichttechnischen Instituts an der Technischen Hochschule gewählt. Dem Vorstande soll ein Vorstandsrat beigegeben werden, in dem die einzelnen Ortsgruppen des Gesellschaftsgebietes (Baden, Pfalz, Württemberg u. a.) vertreten sind. Den ersten Vortrag hielt Prof. Dr. Eitner über Licht und Lichtquellen. Der Vortragende entwarf die Grundbegriffe Licht, Lichtstärke, Lichtstrom, Lichtmenge, Beleuchtung, Flächenhelligkeit und Beleuchtung und deren Einheiten und zeigte die Lampen vor, in denen die verschiedenen Lichtarten — in den verschiedensten Ländern beschreiben — vermischt sind. Die Veranstaltung war stark besucht und die Anmeldung zur Mitgliedschaft regte.

Landestheater. Man schreibt uns: Am Donnerstag, den 17. d. M. gelangt die Operette „Ihre Hoheit, die Tänzerin“ von Walter W. Goetz zur Aufführung. Die Hauptpartien liegen in den Händen der Damen von Nofka und Lange-Walk, sowie der Herren Neugebauer, Müller und Malz-Motta. Die musikalische Leitung hat Willy Schwebbe inne, die Regie führt Hans Lange. Die Operette beherzt den Spielplan fast sämtlicher Operettenbühnen und steht auf der Bühne des Friedrich-Wilhelmstädtischen Theaters in Berlin ihrer 800.

Aufführung entgegen. — Am Freitag, den 18. d. M. gastiert die Altistin Fräulein Paula Weber vom deutschen Opernhaus in Charlottenburg als Agulena in der Oper „Der Troubadour“ auf Anstellung. Die Künstlerin steht als Magdalena im „Evangelium“ am Montag, den 21. ihr Verpflichtungsspiel fort.

sch. Kolosseum. Bei ausverkauftem Hause begann am Mittwoch abend Richl Dengg's Bauerntheater ein Gastspiel. Mit dem Volkschauspiel in 4 Akten „Aus der Art geschlagen“ von Johannes Weinold und einstudiert von Michael Dengg, errang die Truppe gleich am ersten Abend einen durchschlagenden Erfolg. Die Mehrzahl der Darsteller, darunter die Herren Roman Reich, Toni Gebert, Karl Gräber, Georg Solinger, Direktor Dengg, Harll Schmidt u. Risi Kollinger, stellen interessante u. gut gezeichnete Gestalten auf die Bühne. Dem Stück selbst fehlt neben dem ersten Grundzug auch nicht der bestreue Humor. Die Pausen wurden angenehm ausgefüllt durch die Hauskapelle unter Herrn Neumanns Leitung, und durch die Musik- und Gesangsbeiträge des Virtuosenquartetts Hermann Reichardt, das gleich den Darstellern rauschenden Beifall erntete. Auch der Original-Schuhplatter und Watschentanz im 2. Akt fand ein dankbares Publikum. Wer sich an einem echten bayerischen, wenn auch manchmal etwas dicken Spiel ergötzen will, dem kann der Besuch bestens empfohlen werden. Für den zweiten Abend ist das „Sennerl von Ammergau“ vorgesehen, das sicherlich ebenfalls freudige Aufnahme finden dürfte.

Badische Gemeindelchau.

Badischer Städteverband.
Na. Der Vorstand des bad. Städteverbandes hielt am 12. dieses Monats in Heidelberg eine Sitzung ab. Es wurden u. a. folgende Beschlüsse gefaßt: Einem Antrag des Fahrpersonals der Straßenbahnen auf höhere Einziehung in die Besoldungsordnung vermag der Vorstand im Hinblick auf das Sperrgesetz und aus anderem Grunde nicht stattzugeben. Die Einführung von Verwaltungsprüfungen für die Gemeindebeamten wird grundsätzlich als notwendig anerkannt. Es wird ein Ausschuss eingesetzt, der die Einzelfragen prüfen und bestimmte Vorschläge machen soll. Ein Antrag des Vereins der Straßenbahnen und Kleinbahnen bei den Reichs- und Landesbehörden auf Abschaffung der Verkehrssteuer der Straßen- und Kleinbahnen soll unterstützt werden. Mit Rücksicht auf die Finanzlage der Gemeinden kann den Anträgen auf Gewährung von Beihilfen an das Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung im Sandwerk und für ein Preisausgleichsamt zur Erlangung von Entwürfen für Grabdenkmäler und Grabkreuze nicht zugestimmt werden. Eine Änderung des Ortsstrafengesetzes soll dahingehend beantragt werden, daß die Straßenreinigungsgelöhne nicht nur vom Eigentümer, sondern auch von den Mietern und Pächlern unmittelbar eingezogen werden dürfen. Zur Förderung des Wohnungsbaus wird ein Landesgesetz für den Fall verlangt, daß die in Aussicht genommene reichsgesetzliche Regelung nicht erfolgt. Die Richtlinien für dieses Landesgesetz wurden festgestellt zwecks Mitteilung an das Arbeitsministerium. Die Beschlußfassung über die Besteuerung des reichssteuerfreien Mindesteinkommens soll einheitlich rechtzeitig vor Ablauf des gesetzlichen Endtermins (31. März 1921) herbeigeführt werden, da die Gemeinden auf diese Steuer nicht verzichten können. Gegen den vom Reichsrat aufgestellten Entwurf einer Vermögenssteuerordnung werden Bedenken nicht erhoben, da dieser Entwurf im wesentlichen nur da Platz greift, wo die Gemeinden nicht eigene Steuerordnungen aufstellen. Eine Anregung des sibirischen Städteverbandes, die Besteuerung der Kraftfahrzeuge derart auszugestalten, daß auch die Gemeinden einen Anteil an dem Ertrag zur Instandhaltung ihrer Straßen erhalten, soll unterstützt werden.

LPD. Hüpfingen, 14. März. (Amt Waldbrunn). Der Bürgerausschuss hat sich mit dem Erwerb von Waldgelände der fürstlich Leiningenschen Ständesherrschaft zu Siebelungswalden beschäftigt. Man beschloß über die geforderte Kaufsumme Aufschluß einzuholen.

Badische Zeitungstimmten.

(Für den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungstimmten übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungstimmten dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Stimmungen und Meinungen, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.)

Wieder zwei „politische Außenposten“.
Der „Badische Beobachter“ schreibt: „Unter obiger oder ähnlicher mehr sachlicher Überschrift geht eine Mitteilung durch die Presse, wonach bei der Regierung die Absicht bestehe, die Stellen der Vorstände der Versicherungsämter Freiburg und Mannheim mit zwei politischen Persönlichkeiten zu besetzen. In Frage kommen angeblich die Abgeordneten Ziegelmeyer (Zentr.) und Markloff (Soz.). Die „Badische Presse“, von der die Meldung ausgeht, macht sich zur Güterin der juristischen Vorbildung für derartige Beamtenstellen, indem sie von einer großen Erregung zu berichten weiß, die sich der Beamtenenschaft, ob dieser Besetzung höherer Verwaltungsstellen nach politischen Gesichtspunkten bemächtigt habe. Ein großer Teil der Presse übernimmt diese Notiz bedenkenlos, ohne nur entfernt zu prüfen, was einerseits an der Meldung richtig und was andererseits von derartigen Absichten der Regierung unter Ausschaltung der rechtlichen Beurteilung der Frage zu halten ist.“

Vorläufig liegen nämlich keinerlei feste Beschlüsse bezüglich der Besetzung der beiden Stellen vor, die lediglich Gegenstand von Erwägungen gewesen sind. Im übrigen sind endgültige Beschlüsse zunächst auch gar nicht zu erwarten. Die Mitteilung kann jedoch nicht auf das Tatsächliche zurückgeführt werden, ohne noch ein Wort zu der „Erregung der Beamtenenschaft“ zu sagen. Die Abgeordneten Ziegelmeyer und Markloff sind zweifellos Politiker. Sie sind aber ebenso unabweislich Arbeitervertreter. Und da betont nun die Reichsversicherungsordnung, unter deren Bestimmungen selbstverständlich auch die beiden in Frage stehenden Versicherungsämter fallen, daß zur Durchführung der Arbeiterversicherung auch Arbeitervertreter berufen werden können. Dagegen läßt sich wohl oder übel nichts sagen, denn es steht doch außer Frage, daß die aus dem Arbeiterstand hervorgegangenen Beamten der Versicherungsämter die Lage, Wünsche und Bedürfnisse der versicherten Arbeiter am besten zu beurteilen vermögen. Somit können die beiden als Leiter des Mannheimer und Freiburger Versicherungsamtes genannten Politiker zum mindesten das Recht für sich in Anspruch nehmen, mit solchen Posten betraut zu werden.

Wie steht nun mit der Befähigung? Die darf zum wenigsten beim Zentrumsabgeordneten Ziegelmeyer, der anerkannter Fachmann auf dem Gebiete des Krankenversicherungswesens ist, in keiner Weise bezweifelt werden. Der Abgeordnete Markloff aber dürfte, eben, der die Dinge nicht mit der Brille des Verwaltungsbeamten und Juristen betrachtet, aus seiner jahrelangen sozialen Arbeit ebenfalls nicht unbeträcht-

